



Integration durch Gremien stärken

AfD-Ratsgruppe
im Rat der Stadt Münster

Leostr. 16-B

48153 Münster
Tel. (0251) 60688623
martin.schiller@afd-muenster.de

Antrag an den Rat der Stadt Münster zur sofortigen Beschlussfassung nach §3 Abs.1 der Geschäftsordnung.

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Münster begrüßt die Neuregelung von §27 GO NRW durch den Landesgesetzgeber.
2. Die Stadt Münster macht von der in §27 Abs.12 GO NRW eingeräumten Optionsmöglichkeit Gebrauch. Die Stadt Münster bildet nach der nächsten Kommunalwahl im Jahr 2020 einen Integrationsausschuss. Dieser ersetzt dann den jetzigen Integrationsrat.
3. Die Verwaltung wird mit der organisatorischen Umsetzung dieser Entscheidung beauftragt.

Begründung:

Das Land NRW hat am 12.12.2018 das Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften beschlossen.

Dieses sieht Änderungen in §27 GO NRW vor.

Mit §27 Abs.12 hat das Land NRW die Pflicht zur Bildung von Integrationsräten aufgehoben. Dieser Antrag verfolgt das Ziel von dieser gesetzlich eingeräumten Möglichkeit Gebrauch zu machen.

Ab der Wahlperiode 2020 bildet der Rat der Stadt Münster einen Integrationsausschuss nach den entsprechenden Vorschriften des §27 GO NRW.

Die Neuregelung ist aus folgenden Gründen erforderlich.

Dem bisherigen Integrationsrat in Münster fehlt eine demokratische Legitimation. Lediglich 20% der Wahlberechtigten nahmen im Jahr 2014 an der Wahl zum

Integrationsrat teil. Damit fehlt den Vertretern des Integrationsrates die demokratische Legitimation durch ein starkes Wählervotum. Entsprechend gering ist ihre Fähigkeit die Anliegen der Ausländer gegenüber Rat und Verwaltung durchzusetzen.

Entsprechend soll mit einem echten Integrationsausschuss eine Stärkung des Einflusses der Integrationsgremien in der Kommune erreicht werden. „Mehr und echte Teilhabe (der Migranten) ist das Ziel dieses Gesetzes“, so NRW-Integrationsminister Joachim Stampf.

Der Integrationsausschuss leistet keinen Beitrag zur Integration der hier lebenden Ausländer in die deutsche Gesellschaft. Anträge des Integrationsrates an den Rat erfolgen nicht. Einzig mehr Geld und Personal fordert der Integrationsrat zu jeder Haushaltsberatung.

Darüber hinaus leistet er keine inhaltliche Arbeit. Weder stellt er inhaltliche Anträge an den Rat. Noch nimmt er Stellung zu Ratsvorlagen. Die praktische Arbeit erschöpft sich in der Verteilung von niedrigstelligen Zuwendungen an Migranten-Vereinigungen.

Dies dient erkennbar dem Zweck, sich hierdurch die fehlende demokratische Zustimmung mit Geldmitteln zu erkaufen. Zudem fehlt seit Jahren ein Konzept des Integrationsrates, wie und mit welchen Mitteln er die Integration der Ausländer in die deutsche Gesellschaft erreichen will.

Häufig fehlen die direkt gewählten Vertreter der Migranten bei den Sitzungen des Integrationsrates.

Für die vorliegenden Niederschriften des Integrationsrates für die Jahre 2018 und 2017 ergibt sich das folgende Bild.

Termin der Sitzung	Zahl der fehlenden Vertreter von Migrantenorganisationen
04.09.2018	9
18.04.2018	7
21.02.2018	8
10.01.2018	9
15.11.2017	10
19.10.2017	9
14.06.2017	9
29.03.2017	8
08.02.2017	6

Stets fehlt mehr als ein Drittel der Vertreter der Migranten. Zum Teil sogar die Hälfte. Bei einer solchen Sachlage kann nicht mehr von einem funktionsfähig arbeitenden Organ ausgegangen werden.

Wenn die gewählten Vertreter der Migranten nicht an den Sitzungen teilnehmen, dann ist davon auszugehen, dass sie weder dem Gremium selbst noch den damit verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten einen Wert beimessen.

Der Integrationsrat fiel in der Vergangenheit vor allem durch eine Reihe von Skandalen auf

Ein Vertreter des Integrationsrates hat im Jahr 2018 einen Redner zu einer Veranstaltung eingeladen. Dieser agitierte gegen den Staat Israel. Eingeladen wurde der Redner von einem Mitglied des Integrationsrates. (WN vom 28.03.2018).

Nur wenige Monate zuvor, nämlich im Oktober 2017 hat der Integrationsrat die palästinensische Tanztruppe „Al Carmel“ zum Interkulturellen Fest der Stadt Münster eingeladen.

Die Westfälischen Nachrichten berichteten wie folgt über diesen Sachverhalt: „Dabei ist „Al Carmel“ in letzter Zeit allerdings auch in die Nähe von Extremisten und Terroristen geraten. Auf einem Foto, das die Gruppe auf ihrer Facebook-Seite gepostet hat, posiert sie am Rande einer Veranstaltung in Wuppertal mit Leila Khaled. Sie war wiederholt an Flugzeugentführungen beteiligt, wurde später als Terroristin verurteilt. Auf dem Foto trägt sie einen Schal mit dem Logo der PFLP, die von der EU als Terrororganisation eingestuft wird.

Auf deren Konto gehen seit Jahrzehnten Morde und Selbstmordanschläge – vor allem in Israel. Damit nicht genug. Im Hintergrund hängt eine Karte des Nahen Ostens, auf der es Israel überhaupt nicht gibt. Weiterer Referent bei dieser Veranstaltung war Abdel Bari Atwan, der wiederholt zum Heiligen Krieg gegen Israel aufgerufen hat.

In diesem Frühjahr stand die Tanzgruppe in Dortmund mit einem weiteren Terroristen auf einer Bühne: Bilal Kayed, ebenfalls Mitglied der PFLP. Er saß viele Jahre in israelischer Haft, weil er auf Polizisten geschossen haben soll. Auch hier sorgte „Al Carmel“ für das bunte Rahmenprogramm“.

(WN vom 16.10.2017).

Die Gesamtbilanz des Integrationsrates fällt negativ aus. Aus dem Versagen und den Skandalen in der Arbeit des bisherigen Integrationsrates sind politische Konsequenzen zu ziehen.

Die Integrationsarbeit muss stärker in die Arbeit der übrigen politischen Gremien eingebunden werden. Integration muss Teil der normalen Beratungskette werden. Nur so finden die Anliegen der Migranten Eingang in den demokratischen Willensbildungsprozess.

Dies gelingt am besten durch einen kommunalen Integrationsausschuss.

Martin Schiller
Richard Mol